

N i e d e r s c h r i f t

der 11. Sitzung des Hauptausschusses am 22.06.2005

ö f f e n t l i c h

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Zeit: 17:00 Uhr bis 18:15 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler	
Herr Harald Bartl	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Frau Ute Haupt	PDS
Herr Hendrik Lange	PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Frau Heidrun Tannenberg	PDS
Frau Gertrud Ewert	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Johannes Krause	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger
Herr Mathias Weiland	GRÜNE
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG
Frau Jane Unger	Verw
Herr Heinz Maluch	GRAUE
Herr Franz Stänner	Verw
Frau Annemarie Kraft	Verw
Herr Friedemann Scholze	FDP

Entschuldigt fehlen:

Frau Isa Weiß	CDU	vertreten durch Herrn Wolfgang Kupke
---------------	-----	--------------------------------------

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Die 11. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde eröffnet und geleitet von der Vorsitzenden des Hauptausschusses, Frau Oberbürgermeisterin Ingrid **H ä u ß l e r**. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** teilte mit, dass die TOP 4.3, 4.5, 4.6, 4.7 von der Tagesordnung herunter zunehmen seien.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, erklärte, er halte es für nötig, heute den Grundsatzbeschluss „Kulturinsel“ zu behandeln. In der nächsten Stadtratsitzung würden von seiner Fraktion dazu Änderungen eingebracht. Es gäbe noch kleine Kritiken an der Satzung. Dazu müsse es noch eine Diskussionen geben.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** fragte, ob man das vorher mit Herrn Werner u.s.w. besprechen könnte. Ohne den Intendanten wäre es schlecht, die Satzung wieder zu ändern.

Herr **Bönisch** erläuterte, dass es den Intendanten weniger betreffen würde, da es nicht um große Dinge, jedoch um andere Änderungen gehe, zum Beispiel: die Oberbürgermeisterin und der Intendanten, entweder alles männlich oder alles weiblich, entsprechend der Hauptsatzung. Er gebe dies der Oberbürgermeisterin schriftlich und im Stadtrat könne man sich darüber verständigen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte, die Fraktion könne dies aufschreiben und der Verwaltung geben.

Herr **Bönisch** meinte weiterhin, es sei strittig, ob man bei der Frage der Besetzung der Fachbereichsleiter rechtlich sicher liege. Dies sollte auf die Tagesordnung, um eventuell einen Beschluss zu fassen. Man müsse wissen, ob bei unterschiedlichen Rechtsauffassungen bis zur Klärung durch eine höhere Instanz eine aufschiebende Wirkungen einträte.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte, dass sie dies unter „Mitteilungen“ im nicht öffentlichen Teil erläutern würde, da es um Personen ginge. Eine reine Rechtsdiskussion könne im öffentlichen Teil geschehen. Dabei bestehe aber die Gefahr, dass es Äußerungen zu Personen gebe und diese durch unterschiedliche Rechtsauffassungen zwischen Stadtrat und Verwaltung, beschädigt werden könnten.

Herr **Bönisch** beantragte, diesen Punkt als Dringlichkeit im öffentlichen Teil auf die Tagesordnung zu setzen, da es um eine prinzipielle Angelegenheit ginge. Wenn Begründungen im persönlichen Bereich der betroffenen Personen liegen, solle dieser Punkt abgebrochen werden und im nicht öffentlichen Teil besprochen werden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** fragte, wie dieser Punkt heißen solle.

Herr **Bönisch** antwortete: „Prinzipien im Umgang mit der Besetzung von Fachbereichsleitern.“

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** fragte nach dem Einverständnis, dass dies auf den öffentlichen Teil der Tagesordnung gesetzt werde.

Abstimmungsergebnis:

bei 11 Ja-Stimmen m e h r h e i t l i c h zugestimmt

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung: mehrheitlich zugestimmt

Die Mitglieder des Hauptausschuss bestätigen somit folgende **T a g e s o r d n u n g**:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.05.2005**
- 4. Vorlagen**
 - 4.1. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: IV/2005/05015**
 - 4.2. Teilnahme des Vorsitzenden des Stadtrates an der Reise der Oberbürgermeisterin mit Vertretern der Fraktionen in die Partnerstadt Oulu
Vorlage: IV/2005/05009**

4.3. Änderung des Gesellschaftsvertrages für die Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH im Zuge der Verbunderweiterung und der Einbeziehung der Connex Verkehr GmbH zum 01. August 2005
Vorlage: IV/2005/04972 **-zurückgezogen-**

4.4. THEATER DER WELT 2008 in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2005/05011

4.5. Wirtschaftsplan 2005 / 2006 für den Zeitraum vom 01.08.2005 bis zum 31.07.2006 für die Kulturinsel
Vorlage: IV/2005/04815 **-zurückgezogen-**

4.6. Grundsatzbeschluss zur Eingliederung des Puppentheaters der Stadt Halle in den Eigenbetrieb neues theater/schauspiel halle mit Satzungsänderung
Vorlage: IV/2005/04835 **-zurückgezogen-**

4.7. Baubeschluss zur Sanierung Druckerei Große Märkerstraße
Vorlage: IV/2005/05001 **-zurückgezogen-**

4.8. Prinzipien im Umgang mit der Besetzung von Fachbereichsleitern

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten

6. Anfragen von Stadträten

7. Mitteilungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.05.2005

Wortprotokoll:

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 10. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 18.05.2005.

Die Mitglieder des Hauptausschusses genehmigten ohne förmliche Abstimmung die Niederschrift der 10. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses am 18.05.2005 in der vorliegenden Fassung.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Satzung zur Änderung der Hauptsatzung Vorlage: IV/2005/05015

Wortprotokoll:

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, fragte, ob es richtig sei, in der Hauptsatzung eine entsprechende Festlegung zu persönlichen Mitarbeitern zu treffen. Dann wäre nur die Frage, ob man heute die Hauptsatzung nur einmal ändert und nicht dann wieder im August.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, dass die GB I und GB II persönliche Mitarbeiter hätten, die aus der Verwaltung gekommen seien, welche nicht an die Amtszeit der Beigeordneten gebunden seien. Man könne für Mitarbeiter, die nicht aus der Stadtverwaltung kommen, Regelungen schaffen. Sie schlug vor, dass die Verwaltung dies prüft und eine entsprechende Formulierung dem Stadtrat in der nächsten Sitzung vorlegt.

Herr **Bönisch** meinte, wenn keiner dieser Auffassung sei, bräuchte man es nicht zu behandeln. Er fragte, ob die Hauptsatzung der richtige Ort dafür sei.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, dass dies geprüft werden müsse.

Herr **Willecke**, Fachbereich Recht, erklärte, wenn man die Änderung der Hauptsatzung beschließen wolle, müsse man die Einladungsfristen einhalten, so dass jeder Stadtrat sich mit der Angelegenheit und dem tatsächlichen Inhalt der geänderten Hauptsatzung befassen könne.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, meinte, man könne zu jeder Zeit die Hauptsatzung, wenn sie auf der Tagesordnung stünde, ändern. Man könne mit jedem x-beliebigen Änderungsantrag zum Text die Hauptsatzung ändern. Es sei wie bei jeder anderen Beschlussvorlage auch.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** fragte, was so schwierig daran sei, wenn alles richtig vorbereitet sei, hier über den Antrag, die Hauptsatzung zu ändern, zu entscheiden. Sie meinte, man müsse feststellen, ob die Hauptsatzung der richtige Ort sei.

Herr **Bönisch** warf ein, dass die Veröffentlichung der Hauptsatzung möglichst schnell erfolgen solle.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte, man könne dies auch in der nächsten Sitzung regeln, wenn es vorher nicht zu schaffen sei, und mit der Veröffentlichung warten.

Herr **Dr. Meerheim** erklärte, wenn es die Absprache zwischen der Oberbürgermeisterin und dem Personalrat dazu gäbe, dann sei doch alles erledigt. Man bräuchte keinen Beschluss zu fassen. Er fragte, ob etwas dazu in einer Vereinbarung zwischen der Oberbürgermeisterin und Personalrat stünde. Wenn es dort schwarz auf weiß steht, bräuchte man keinen Beschluss zu fassen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, die Verwaltung habe eine mündliche Absprache mit dem Personalrat. Sie schlug vor, dies in schriftlicher Form vorzulegen.

Herr **Bönisch** wies darauf hin, dass seinem Wissen nach die Hauptsatzung in weiblicher Form geschrieben sei. Unter 6. stünde „einen von ihr namentlich benannten Vertreter“. Es müsste „namentlich benannte Vertreterin“ heißen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte, dass es geändert werden müsse.

Es gab keine weiteren Anmerkungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Satzung vom 29.06.2005 zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) vom 25.12.2004

Aufgrund der §§ 6, 7 und § 44 Abs. 3 Nr. 1 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA), zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung und weiterer Vorschriften vom 22.12.2004 (GVBl. LSA 2004, S. 856) hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 29.06.2005 folgende Satzungsänderung der Hauptsatzung beschlossen:

- I. In § 5 Abs. 4 wird vor „Entsprechend § 46 BauGB wird ein Umlegungsausschuss gebildet“ folgende Ziffer 6 eingefügt:
6. Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) mit der Oberbürgermeisterin oder einem von ihr namentlich benannten Vertreter als Vorsitzenden und sechs Stadträte sowie zwei beim Eigenbetrieb beschäftigten Personen.**
- II. Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.**

**zu 4.2 Teilnahme des Vorsitzenden des Stadtrates an der Reise der
Oberbürgermeisterin mit Vertretern der Fraktionen in die Partnerstadt
Oulu
Vorlage: IV/2005/05009**

Wortprotokoll:

Es gab keine Anmerkungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig z u g e s t i m m t

Beschluss:

- 1. Der Hauptausschuss stimmt der Teilnahme von Herrn Harald Bartl - Vorsitzender des Stadtrates, Herrn Dr. Bodo Meerheim - Fraktionsvorsitzender der PDS, Herrn Dietmar Wehrich – Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, an der Reise nach Oulu vom 30. August bis 03. September 2005 zu.**
- 2. Der Hauptausschuss beschließt, dass nach § 7 entsprechend der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlich tätiger Bürger vom 07.09.1994 die anfallenden Kosten von der Stadt Halle (Saale) übernommen werden.**

zu 4.4 THEATER DER WELT 2008 in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2005/05011

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** merkte an, dass die Vorlage gestern im Finanzausschuss, nach einer Änderung des Beschlusspunktes 3, beschlossen worden sei. Im Kulturausschuss hätte man den ersten beiden Punkten der Beschlussfassung zugestimmt, nicht aber Punkt 3. Die Frage sei, ob man dies hier noch mal behandeln müsse.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, fragte, ob es unterschiedliche Voten dafür gäbe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, dass nicht zwischen zwei Voten zu entscheiden sei. Es habe ein Teil der Kulturausschussmitglieder im Finanzausschuss mit an einer Veränderung im Punkt 3 gearbeitet.

Herr **Krause**, SPD-Fraktion, äußerte sich, es sei im Kulturausschuss so diskutiert worden, dass der Kulturausschuss mit dem Votum Ja für die Punkte 1 und 2 signalisieren wollte, er wolle das gerne und unterstütze dies auch. Das müsse der Finanzausschuss beraten. Wenn eine Lösung gefunden werden sollte, wird der Kulturausschuss sicher nicht dagegen stimmen.

Herr **Bönisch** meinte, im Finanzausschuss sei gesagt worden, dass der Punkt 3 vom Kulturausschuss abgelehnt worden sei. Wenn das so sei, habe man zwei verschiedene Voten. Man solle einfach abstimmen.

Herr **Krause** erklärte, der Punkt sei deswegen mehrheitlich abgelehnt worden, weil der Antrag so formuliert worden sei, dass ein Rückstand dieser 767000 € als städtischer Anteil zu erbringen sei.

Es gab keine weiteren Anmerkungen.

Abstimmungsergebnis: bei 4 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, dass das internationale Theaterfestival THEATER DER WELT – Ein Festival des internationalen Theaterinstituts (ITI) – im Jahr 2008 in Halle (Saale) stattfinden kann.
2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, mit dem Zentrum Bundesrepublik Deutschland des Internationalen Theaterinstituts e.V. entsprechende Gespräche aufzunehmen.
Über das Resultat dieser Gespräche und alle folgenden wesentlichen Schritte werden die Gremien des Stadtrats und dieser selbst jeweils umgehend informiert.
3. Der notwendige städtische Finanzierungsanteil beträgt – einschließlich einzuwerbender Drittmittel, die nach ersten Gesprächen zum Teil bereits in Aussicht gestellt sind – insgesamt 767.000 €.

In die städtischen Haushalte der Jahre 2007 und 2008 werden jeweils 150.000 € eingestellt. Dazu wird in den städtischen Haushalten der Jahre 2007 und 2008 der städtische Zuschuss für die Händel-Festspiele zugunsten des Festivals „Theater der Welt“ jeweils um 50.000 € gesenkt.

67.000 € werden im Haushaltsjahr 2008 als Leistungsanteil der Stadt Halle (Saale) und der Bühnen der Stadt Halle (Saale) durch Bereitstellung von Personal, Räumlichkeiten, Technik, Medienleistungen (Wasser, Strom u. a.) erbracht werden.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Drittmittel in Höhe von mindestens 400.000 € einzuwerben.

Durch die Verwaltung wird vierteljährlich im Kulturausschuss und im Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften über den Stand der Entwicklung berichtet.

4.8 Prinzipien im Umgang mit der Besetzung von Fachbereichsleitern

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erläuterte das Vorgehen der Verwaltung: Sie habe die Absicht, den Fachbereichsleiter Personal in den Fachbereich Grünflächen umzusetzen, da dort diese Stelle nicht besetzt sei. Die Stelle des Fachbereichsleiter Personal müsse dann neu besetzt werden. Dazu wolle sie die Fachbereichsleiterin OB-Büro dorthin umzusetzen. Die Nachfolge im Büro OB müsse später geregelt werden. Die Stellvertreterin des OB-Büros solle dies zunächst kommissarisch leiten, dann würde die Stelle ausgeschrieben werden. Sie habe sich in ihrer Entscheidung an der Hauptsatzung orientiert. Darin sei geregelt, dass über Ernennung, Einstellung und Entlassung der Fachbereichsleiter das Einvernehmen mit dem Hauptausschuss herzustellen sei. Die Umsetzung sei in der Hauptsatzung nicht geregelt. Sie betrachte dies als Organisationsaufgabe der Oberbürgermeisterin. Die Ernennung der Fachbereichsleiter im Hauptausschuss sei eine Statusfrage: entweder werde aus Verwaltung oder einer untergeordneten Position in diesen Status gehoben oder es werde von außen eingestellt. Der Hauptausschuss müsse dies beschließen. Natürlich sei damit verbunden, dass eine neue Stelle vorhanden sei. Die Ernennung sei mit einem bestimmten Dienstposten verbunden. Sie denke, die Aufgabenzuordnung sei ihre Verantwortung.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, äußerte Bedenken: zum einen sei damals der Fachbereichsleiter Personal durch einen Beschluss im Hauptausschuss ernannt worden. Er denke nicht, dass Frau Oberbürgermeisterin Häußler diesen Beschluss einfach durch die Umsetzung aufheben könne.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, dass sie den Beschluss nicht aufhebe, da sie den Fachbereichsleiter Personal abordne. Ihm werde eine andere Aufgabe zugeordnet.

Herr **Bönisch** meinte, die Oberbürgermeisterin ordne jemand anderen die Aufgaben des Fachbereichsleiter Personal zu. Durch den damaligen Beschluss wurde aber nur der derzeitige Fachbereichsleiter ernannt.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** widersprach dieser Auffassung; sie nannte verschiedene Rechtsauffassungen und Kommentare. Sie las ein Beispiel vor: „§ 6 Abs. 2 der Hauptsatzung sei dem § 44 Abs. 4 Nr. 1 der Gemeindeordnung nachgelegt, ...Umsetzungen seien keine Ernennungen. Dem Gebiets Herrn stehe die Organisationshoheit zu.“

Herr **Bönisch** fragte, ob Frau Oberbürgermeisterin dem Hauptausschussbeschluss zur Zuordnung des Fachbereichsleiters Personal widerspreche. Dann wäre dieser Beschluss nicht gesetzesadäquat.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, sie sei nicht der Auffassung, dass sie dem Beschluss des Hauptausschusses widersprechen müsse.

Herr **Bönisch** erklärte, wenn der Beschluss gesetzeswidrig sei, müsse sie dem widersprechen. Man habe entweder einen intakten Beschluss, der heißt, dass der derzeitige Fachbereichsleiter Personal ernannt wurde oder einen nicht intakten Beschluss.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sagte, dass sie, die Verwaltung und die Juristen seine Auffassung nicht teilen. Mit Beschlüssen könne man keine Rechtsauffassungen darstellen. Herr Willecke wurde heute gebeten, sich an das Landesverwaltungsamt zu wenden. Am Freitag solle eine Stellungnahme vorliegen. Man könne dies dann im Stadtrat klären.

Herr **Bönisch** bat, diese Frage auch an das Innenministerium zu stellen; das sei die oberste Aufsichtsbehörde.

Die andre Seite wäre, dass in seinem Kommentar stehe: „Bestimmte Entscheidungen darf der Gemeinderat oder beschließender Ausschuss nur im Einvernehmen mit dem Bürgermeister treffen.“ Er sei enttäuscht, dass das Einvernehmen nicht stattgefunden hat. Man habe das Vorhaben aus der Presse erfahren.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, dass dies nicht die Absicht gewesen sei. Sie hätte die Absicht gehabt, die Stadträte heute hier in Kenntnis zu setzen.

Herr **Bönisch** fragte, ob Frau Oberbürgermeisterin Häußler die Absicht hatte, dass Einvernehmen herzustellen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** entgegnete, sie hätte diese Absicht nicht gehabt.. Sie halte es nicht für richtig an dieser Stelle, da es sich im Wesentlichen um die innere Verwaltung handelt. Sie sagte, dass sie als Dienstvorgesetzte auch für den Schutz der Angestellten verantwortlich sei. Differenzen in der inneren Verwaltung sollten nicht in die Öffentlichkeit und in den Stadtrat geraten. Der Hauptausschuss müsse entscheiden, ob weitere Personen in den Führungsbereich kommen, aber nicht, wer welche Aufgaben erledigt. Die Kommunalaufsicht solle um eine Stellungnahme gebeten werden.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE, äußerte, sie finde es schade, dass man alles aus der Zeitung erfahren habe. Sie sei der Meinung, das hätte es noch nie gegeben, dass die Fachbereichsleiter gewechselt worden seien.

Es gab keine weiteren Anmerkungen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Wortprotokoll:

Es lag kein Antrag vor.

zu 6 Anfragen von Stadträten

Wortprotokoll:

Herr **Weiland**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-MitBürger, erklärte, er habe vor einiger Zeit Herrn Pohlack auf die Treppe am Hansering angesprochen, die letztes Jahr abgerissen wurde und bis jetzt nicht wieder hergestellt sei. Ihm wurde gesagt, wenn der Frost aus dem Boden sei, werde die Treppe wieder aufgebaut. Nach der Frostperiode könne er nicht erkennen, dass sie aufgebaut werde. Ihm sei unklar, warum man eine funktionsfähige Treppe abreiße. Er erkundigte sich, bis wann das gemacht werde.

Herr **Dr. Pohlack**, Beigeordneter für Planen, Bauern und Straßenverkehr, antwortete, die Treppe sollte der letzte Teil der Baumaßnahme sein. Ein Variantenvergleich hätte im Vorfeld ergeben, dass der Neuaufbau preisgünstiger als die Sanierung sei.

Herr **Weiland** erkundigte sich nochmals, wann der letzte Teil der Maßnahme passiert.

Herr **Dr. Pohlack** sagte, dass er Herr Weiland diese Frage in wenigen Tagen exakt beantworten werde.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE, wies auf den heutigen „Bild“-Artikel über Herrn Mutter hin und fragte, ob Frau Häußler sich dazu äußern würde.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erläuterte, dass Herr Mutter kein einzelnes Fachkonzept geschrieben habe, da dies immer vom Fachbereich vorgelegt werde. Herr Mutter hätte immer nur mitgewirkt.

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, bat um eine Auswertung der Theatertage in Sachsen-Anhalt und Brandenburg.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur und Bildung, erklärte, dass er sich bemühen werde, schnellst möglich ein Auswertung zu bekommen.

Frau **Dr. Bergner** erläuterte, dass der Museumsbau beschlossen wurde. Sie fragte, ob es ein Fachkonzept schon in der Beigeordnetensitzung gäbe.

Herr **Dr. Marquardt** antwortete, dass es das Ziel sei, ein Konzept im August den Kulturausschuss vorzulegen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** ergänzte, Herr Focke hätte sein Konzept in der Beigeordnetenkonferenz vorgelegt. Es sei nicht als Konzeptpapier behandelt worden. Dies war nicht das ausreichende Fachkonzept. Der Inhalt wurde in der Beigeordnetensitzung dargestellt.

Herr **Dr. Marquardt** versicherte, es werde ein schriftliches Konzept im August geben.

Frau **Dr. Bergner** fragte Frau Oberbürgermeisterin Häußler, wann sie zu Phänomena sich äußern werde.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, dies werde sie unter Mitteilungen tun.

Es gab keine weiteren Nachfragen.

zu 7 Mitteilungen

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** fragte, ob der Politiker-Workshop zu den strategischen Zieldiskussionen am 17. und 18. August jeweils 15 -18 Uhr durchgeführt werden könne. Jede Fraktion solle 2-4 Vertreter benennen. Beide Tage sollten von den gleichen Vertretern bestritten werden.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, fragte, ob es im Vorfeld ein Papier darüber zu lesen geben würde, damit man sich vorbereiten könne.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, man müsse mit Herrn Potthast, welcher den Vortrag halten werde, reden, ob er eine Zusammenfassung zusammenstellen könne.

Herr **Weiland**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mitbürger, merkte an, dass bei seiner Fraktion mehrere Mitglieder im Urlaub seien.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte nach der anschließenden Diskussion, dass man andere Termine prüfen müsse, was sehr schwierig sei. Sie fragte, ob der Tagungszeitraum machbar wäre. Es wäre ihr wichtig, dass alle Fraktionsvorsitzenden anwesend wären.

Frau **Prof. Vent**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Mitbürger, teilte mit, sie sei an diesen Termin im Urlaub.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, dass man einen neuen Termin suchen müsse.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur und Bildung, berichtete über den halleschen Beitrag zum Sachsen-Anhalt-Tag in Magdeburg vom 01.07. bis 03.07.05. Halle wird sich mit einem sehr repräsentativen Kulturprogramm beteiligen und mit attraktiven Festwagen und Fußgruppen am Festumzug vertreten sein. Ein wesentlicher Bühnenbeitrag werde eine Aufführung einer Messias-Variation sein. Weiterhin werde es Konzerte und Auftritte vom Staatsorchester, vom Jugendblasorchester Halle und der Sportgruppe SV Halle geben. Beim Festumzug werden zwei Festwagen mit den Themen „Salz-Stadt Halle“ und „Musik-Stadt Halle durch Händel“ teilnehmen.

Herr **Stänner**, Pressesprecher, äußerte sich zum Stand „Torgauer Urnen“. Die Gruppe werde nach Möglichkeit und Urlaubsplanung Ende Juli zusammen kommen. Die Landeszentrale für politische Bildung plane Ende November eine Tagung zu diesem Thema.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** teilte mit, dass zum Projekt Phänomene im Januar eine Arbeitsgruppe gebildet worden sei. Diese habe sich mit dem Verein zur Förderung von Phänomene getroffen und eine erste Diskussion geführt. Die AG habe eine Reise nach Bremen gemacht, um sich das vor Ort anzusehen. Sie stellte fest, dass das Projekt machbar sei. Eine Einschätzung zu Halle wurde eingereicht. Das Züricher Forum hat der Stadt ein Angebot unterbreitet, einen Teil seiner Ausstellung zur 1200 Jahrfeier zu präsentieren, auf eigene Kosten. Dazu habe Herr Dr. Müller einen Entwurf einer Absichtserklärung angeboten, die die Verwaltung nicht unterschreiben werde. Man müsse daran arbeiten, wie so etwas aussehen könnte. Ein Eingang von Sponsorengeldern sei der Verwaltung nicht bekannt. Es gäbe aber jemanden, der darüber sprechen möchte.

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, fragte nach den Unkosten.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, die Reisekosten für Frau Balleyer habe die Stadt bezahlt und die anderen Teilnehmer hätten die Kosten selber getragen.

Frau **Prof. Vent** fragte, ob es auf die Anzahl von Anschreiben Reaktionen gäbe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, es gäbe Reaktionen; ein Unternehmen zum Beispiel möchte vorerst ein Gespräch.

Herr **Weiland** teilte mit, dass seine Fraktion der Niederschrift der Sondersitzung im nächsten Stadtrat widersprechen werde, wenn bis dahin folgendes nicht geregelt werde. Die Beschlussübersichten wurden am 20. und 21.06 geändert. Dabei sei aus TOP 2 der TOP 1.11 gemacht wurden. Der Punkt 1.11 habe so als Beschluss nicht statt gefunden. Es gehe hierbei um die Haushaltsvorlage und Einzelmaßnahmepunkte, welche nicht auf der Tagesordnung gestanden hätten. Zusätzlich stehe dort, dass der Gesamtbeschluss zum Ausgleich des kumulierten Altdefizits mit einer eigenen Vorlagennummer versehen wurde, was ebenfalls nicht so gewesen sei. Die Abstimmung bei den einzelnen Punkten der Maßnahmen wäre nicht entsprechend der Geschäftsordnung, weil sie nicht auf der Tagesordnung standen. Er weise heute darauf hin und mache der Verwaltung diese Vorbehalte zugänglich. Er hoffe auf Abhilfe, ansonsten werde seine Fraktion es im Stadtrat offiziell beantragen. Er wende sich an die Kommunalaufsicht, da er mit einigen Sachen, die gelaufen sind, so nicht einverstanden sei.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** entgegnete, dass die Verwaltung dies prüfen werde.

Es gab keine weiteren Mitteilungen.

Die Vorsitzende des Hauptausschusses beendete die 11. öffentliche Sitzung.

Ingrid Häußler

Oberbürgermeisterin
und Vorsitzende des Hauptausschusses

Kraft
Protokollführerin

